



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

16. April 2018

Kein Beiersdorf-Grünfraß +++ Mut gegen Armut +++ Hamburg schiebt ab +++ Smart City? +++ Marx zum 200.

Liebe Leserinnen und Leser,



Es wird Zeit, Welt! (Foto: Michael Joho)

mit wachsender Sorge schauen wir vermutlich alle in die nähere und weitere Zukunft. Mit der Bombardierung Syriens, ohne UN-Mandat und von daher völkerrechtswidrig, droht die weitere gefährliche Eskalation des Syrien-Krieges. In Ungarn wählen fast 50% der BürgerInnen rechtsextrem und 20% faschistisch. Und unser neue »Heimatminister« versteht seine Aufgabe vor allem darin, die Abschiebezahlen zu erhöhen, in so befriedete Staaten wie z.B. Afghanistan... Manchmal könnte mensch verzweifeln ob der Großwetterlage.

Nichtsdestoweniger oder vielleicht gerade deswegen erscheint uns ein Standpunkt unverzichtbarer denn je, ein Engagement, das von Vernunft, Besonnenheit und der Ausrichtung auf die wichtigsten Ziele Friedenserhaltung und den Kampf gegen die voranschreitende, die schreiende soziale Ungerechtigkeit geprägt ist. Dafür steht DIE LINKE seit eh und je, in dieser Hinsicht dürfte sie in der kommenden Zeit massiv gefordert sein.

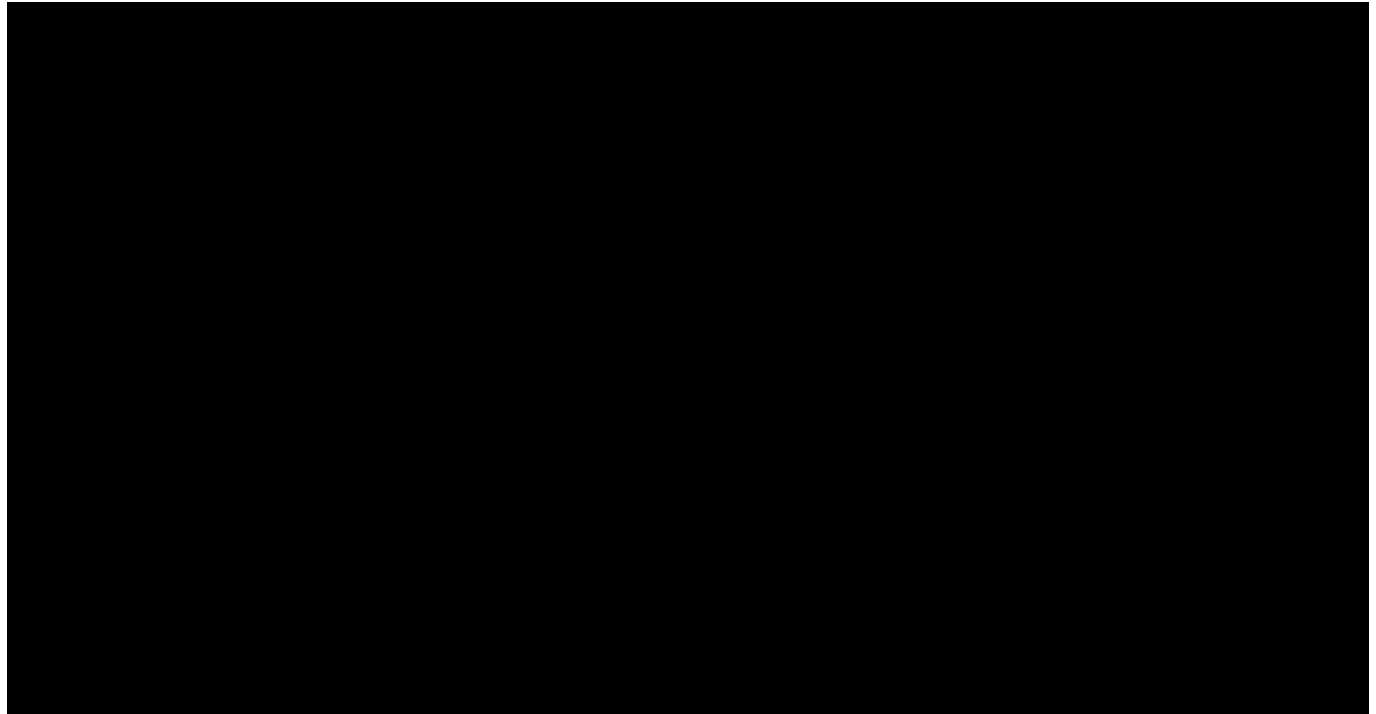
Parlamentarisch steht für uns in den kommenden Monaten vor allem die aufwändige Debatte um den neuen Doppelhaushalt 2019/20 an. Auch wenn sie in dieser Ausgabe noch keine Erwähnung findet, wir sitzen in den Startlöchern. Denn in der Ausgabenpolitik der Bürgerschaft und dann des Senats entscheidet sich schließlich, welche Akzente in Hamburg gesetzt werden: Mehr sozialer Wohnungsbau, eine bessere Versorgung der benachteiligten Gruppen etc. oder ein Festhalten an der bisherigen »Sparpolitik« und dem Abhängen bestimmter Gruppen.

In diesem »BürgerInnenbrief« verzichten wir ausnahmsweise auf die »Veranstaltungs-Tipps und Hinweise«, da die aufgeführten Termine und Themen für eine eh schon »dicke« Ausgabe sorgen. Erwähnt sei an dieser Stelle insbesondere ein längerer Artikel von Joachim Bischoff anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai. So viel Zeit muss sein!

Herausgeberinnen und Redaktion

»Kein Grünfraß durch Beiersdorf!«

Hartmut Obens fordert den Erhalt der grünen Lunge für die Lokstedter



In Lokstedt spitzt sich die Auseinandersetzung um die Erweiterung des Beiersdorf-Geländes auf Kosten einer der letzten Grünflächen im Stadtteil zu. Wir nehmen hier eine Rede von Hartmut Obens, des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung (BV) Eimsbüttel, auf, die er am 22. Februar in der BV gehalten hat.

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, vorweg bitte ich um Nachsicht, dass ich die in diesem Beitrag angesprochenen Punkte nicht alle ausargumentieren kann, die begrenzte Redezeit erlaubt das nicht.

Ich will es ohne Umschweife an den Anfang stellen: Die LINKE lehnt den Verkauf dieser noch der Freien und Hansestadt gehörenden Lokstedter Flächen an den Beiersdorf-Konzern ab und fordert die Bürgerschaft auf, der Senatsdrucksache 21/11822 nicht zuzustimmen. In dieser Senatsdrucksache finden sich auf vielen Seiten genaue Regelungen zugunsten von Beiersdorf. Was aber vollständig fehlt, ist eine Darstellung des tatsächlichen Flächenbedarfs, einschließlich der kalkulierbaren Erweiterungspuffer. Hier bleibt man vage und spricht einfach von 12 Hektar! Und auf ganzen zehn Zeilen, unpräzise und unverbindlich, denkt der Senat auch an die Anwohner, an

Beiersdorf gegen Kleingärten: Geht es auch anders? Diskussionsveranstaltung der Linksfraktion Dienstag, 24. April 2018, 19.00 Uhr, Grundschule Döhrnstraße 42

Mit Dr. Stefan Best (Beiersdorf AG), Michael Witzorrek (Initiative Lebenswertes Lokstedt), Mario Bloem (Stadtentwicklungs-Planer), Heike Sudmann, MdHB, DIE LINKE, Moderation)

Die Beiersdorf AG plant, ihr Betriebsgelände in Lokstedt zu erweitern. Insgesamt rund zwölf Hektar sind dafür vorgesehen, also etwa so viel wie 17 Fußballfelder. Eigentümerin des Areals ist die Freie und Hansestadt Hamburg. Der »rot-grüne« Senat würde mit dem Verkauf Lokstedts letzte größere Grünfläche zerstören. NutznießerInnen des auch noch zum Schnäppchenpreis angebotenen Gebiets wären die hinter Beiersdorf stehen Milliardärsfamilie Hertz und die US-amerikanische Heuschrecke »Black Rock«. DIE LINKE lehnt den Verkauf der Fläche an Beiersdorf ab – denn es gibt andere Möglichkeiten der Expansion auf dem vorhandenen Firmengelände. Vor allem möchte DIE LINKE die wenigen, in Lokstedt sowieso schon arg beschränkten Grün- und Freizeitflächen erhalten.

Was die Beiersdorf AG plant, wie die BürgerInnen das Vorhaben sehen und was die Politik dazu sagt, darum geht's auf der Veranstaltung. Dazu laden wir Sie herzlich ein!

Freizeit und Klimaschutz und möchte diese Anforderungen im Rahmen eines B-Planverfahrens berücksichtigt wissen: Man wüßte eine »angemessene Sicherung der Freiraumqualität einschließlich Verbindungsfunktion für die umgebenden Stadtteile als auch entsprechende Auflagen zum Klimaschutz«.

Auswirkungen auf Freizeit- und Erholungsbedarfe, Klimaschutz

Der NABU hat bekanntlich eine Volksinitiative »Grün erhalten« auf den Weg gebracht, die wir LINKEN unterstützen. Dessen Vorsitzender, der ehemalige grüne Umweltsenator Alexander Porschke, brachte seine Besorgnis zum Ausdruck. In seinem Brief vom 28. November 2017 an die Rathaus-Fraktion der SPD heißt es unter der Überschrift »Kein Verkauf von Kleingärten an Beiersdorf« u.a.: »Die Verkaufszusage an Fa. Beiersdorf läuft erkennbar auf eine langfristige Planung, diese Flächen ihrer jetzigen Nutzung zu entziehen, hinaus. Eine entsprechende Öffentlichkeitsbeteiligung dazu hat es jedoch nicht gegeben. Stattdessen werden durch den Verkauf jetzt Fakten geschaffen, die eine spätere ergebnisoffene Planung künftiger Nutzungen faktisch verunmöglichen. Dieses Vorgehen halten wir für nicht angemessen.«

Nun, etwas anderes sagen und fordern wir LINKE in Eimsbüttel auch nicht! Wir sagen ganz klar: Eine angemessene Berücksichtigung der Freizeit- und Erholungsbedarfe und des Klimaschutzes kann nicht über einen B-Plan auf Grundlage der im Vertrag fixierten Flächenzuweisungen an Beiersdorf erfolgen, sondern nur durch Neuverhandlung des Vertrages mit entsprechender Berücksichtigung der Flächenbedarfe auch für Anwohner und Schreiber!

Ich komme jetzt zur Öffentlichkeitsarbeit und zur sogenannten Informationsveranstaltung von Beiersdorf, Bezirksamt und Senat am 30. Januar 2018. Man warb mit einer öffentlichen Informationsveranstaltung, sperrte aber den NDR und sein »Hamburg Journal« durch ein Drehverbot aus! Das ist grotesk und lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Öffentliche Interessen können nicht unter dem Hausrecht einer Interessenpartei verhandelt werden! Und zu alledem: Völliges Schweigen von Senat und Bezirksamt! Wir meinen: Senat und Bezirksamt sollten Schutzmacht der Öffentlichkeit gegen mächtige Einzelinteressen sein und nicht Anwälte mächtiger Einzelinteressen gegen die Öffentlichkeit! Wir fordern deshalb: Entweder vollständige Öffentlichkeit oder einen öffentlichen Veranstaltungsort ohne jede Beschneidung der Berichterstattung!

Zur Begründung für den Flächenfraß wird oft davon gesprochen, dass Beiersdorf der einzige Hamburger Dax-Konzern sei und Weltgeltung besitze. Nun sollte man nicht so tun, als ob es ein Verdienst sei, ein Dax-Konzern zu sein, zumal, wenn man weiß, wer sich eigentlich hinter diesem Dax-Konzern als Aktionäre verbirgt. Es ist die Familie Hertz, als milliardenschwerer Mehrheitsaktionär und die in der Finanzkrise besonders übel aufgefallene amerikanische Heuschrecke »Black Rock« (6%), die sich um Lokstedt, Eimsbüttel und Hamburg wenig schert, wenn's drauf ankommt. Wir meinen: Soll eine milliardenschwere Hamburger Familie und eine amerikanische Heu-



http://verkauf.kleingaerten-lokstedt.de/#ueber-das-projekt

schrecke bestimmen, wie mit den Anwohnern und Schreibern in Lokstedt umgegangen wird?

Olaf Scholz, zukünftiger Ex-Bürgermeister von Hamburg, macht den Beiersdorf-Aktionären ein vierfaches Geschenk:

1. Das erste Geschenk: Ein Konzern bekommt das einzige und letzte größere Lokstedter Grünareal, in den Ausmaßen von etwa 17 Fußballfeldern!
2. Und das für einen Schnäppchenpreis von 300 Euro pro Quadratmeter!
3. Scholz macht Beiersdorf auch noch zum Immobilienkonzern (Wohnungsbau an der Unnastraße), wo man plant, ca. 800 Wohneinheiten zu bauen, in bester Eimsbütteler Lage!
4. Was viele nicht sehen oder nicht sehen wollen: Durch bloße Bodenrechtsänderung, die wir als Bezirk beschließen sollen, bescheren wir dem Konzern über Nacht einen Sofortgewinn von ca. 100 Mio. Euro, wie die Boden-Richtwerttabelle »BORIS« ausweist. Was sind da die 35 Mio. Euro für den Kauf der Grünflächen! 35 Mio. Euro bringen danach für Beiersdorf und seine Aktionäre eine Sofortrendite von 200%! Olaf Scholz hatte doch mal versprochen, gut zu regieren! Das heißt doch wohl, das Bürgerinteresse in den Mittelpunkt zu stellen und nicht Konzerne und deren Aktienhalter mit Millionengeschenken und Flächenvergaben zu päppeln!

Was sind nun die Argumente der LINKEN gegen die Behauptungen von Beiersdorf und Senat?

1. Das Nebeneinander von Wohnen, Arbeit und Freizeit. Ja, dafür sind wir auch. Aber geht es hier darum? Nein. Wir sind für das Nebeneinander von Wohnen, anwohnerbezogenem Handwerk und Dienstleistungen. Wir sind auch für regen Fahrradverkehr im Quartier statt Co₂-Ausstoß. Aber das ist doch nicht das, was uns mit Beiersdorf erwartet! Hier geht es um großindustrielle Fertigung, chemielastige Forschung und massiven Lieferverkehr! Wir kann man diese Tatsachen derart romantisch verklären und eine derartige Idylle malen, wie das durch dieses »Miteinander- und Nebeneinander«-Gerede geschieht!
2. Es sollen 300 neue Arbeitsplätze kommen. Ja, wir sind für Arbeit und Beschäftigung im Bezirk, für die Sicherung von Arbeitsplätzen auch bei Beiersdorf. Das ist aber möglich durch einen maßvollen Umgang mit Grünflächen und einer Zurückhaltung beim Bau von großflächigen Fertigungs-, Verwaltungs- und Forschungsbauten, die Lokstedt zu einem einzigen BeiersDORF machen, in dem nebenbei auch Menschen wohnen. Dieses Arbeitsplatzargument ist hier nichts

anderes als ein Zweckargument, um den Flächenfraß auf Kosten der Anwohner und Schreiber zu rechtfertigen!

3. Wir in der Bezirksversammlung haben seit Jahren Lokstedt immer als »Urbanisierungszone« für den Bau von citynaher und grüner Wohnungsumgebung hochgehalten, auch mit Zustimmung der LINKEN. Jetzt aber, wo einige Tausend Menschen hier am Veilchenweg und Umgebung wohnen und sich wohlfühlen, soll aus dieser »Urbanisierungszone« anscheinend eine Beiersdorf-»Industrialisierungszone« werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Menschen erst nach Lokstedt gelockt werden, um sie dann mit Beton und Industriebauten zu beglücken.
4. Und der zunehmende Verkehr? Hat man eine Verkehrs-Belastungsanalyse gemacht, um den Anwohnern reinen Wein einzuschenken? Hamburg ist die Stadt mit den höchsten verkehrsbedingten Feinstaub-Werten. Will Lokstedt in dieser Hinsicht zum Bezirk Mitte und anderen Verkehrsschwerpunkten Hamburgs aufschließen? Wir wissen, dass gegen Hamburg eine Klage deswegen läuft. Soll der noch weitere Nahrung gegeben werden? Jeder weiß doch, dass der Lieferverkehr von Beiersdorf mit dieselhungrigen LKWs erfolgt und nicht mit sympathischen Lastenfahrrädern!
5. Hoher Grundwasserpegel (Setzungsrisse). An vielen Stellen Lokstedts befinden sich Flächen, die durch steigende Grundwasserpegel gefährdet sind oder auf denen Retentionsflächen [Überflutungsflächen] vorgehalten werden müssen, um den steigenden Wasserdruck auszugleichen. Wie Anwohner, auch hier in der BV, berichtet haben, sind bereits viele Setzungsrisse festzustellen, auch bei Neubauten. Eine derart großflächige Versiegelung, wie sie die Beiersdorf-Pläne zur Folge hätten, würde diese Gefahr um ein Vielfaches erhöhen.
6. Wir fragen, ob nicht die freiwerdende Fläche an der Unnastraße zumindest teilweise an die Freie und Hansestadt zurückgegeben werden sollte, um dort auch Wohnungsbau zu ermöglichen, der nicht profitorientiert ist und bezahlbare Wohnungen nach dem ersten Förderweg ermöglicht, am besten durch gemeinnützigen genossenschaftlichen Wohnungsbau.

Nach § 25 Bau-Gesetzbuch besteht bei dieser Fläche ein Vorkaufsrecht der Stadt (»Städtebauliches Entwicklungsgebiet«). Wäre das nicht auch eine Art »intelligenter Flächentausch«? Beiersdorf muss sich, auch und gerade bei den Erweiterungen, in den Stadtteil integrieren und nicht den Stadtteil und seine Anwohner dominieren! Aber wir LINKEN wollen nicht nur kritisieren, sondern auch konstruktive Vorschläge machen; und es kann nicht schaden, nicht nur gegen sie zu donnern, sondern darüber nachzudenken.

Erstens sind wir der Meinung, dass ein derart weitreichendes Projekt, das einen Stadtteil grundlegend verändert, mit einer großen Aussprache und einem umfassenden Beteiligungsprojekt beginnen muss. Ein Vertragswerk sollte also zunächst als Entwurf öffentlich vorgelegt und diskutiert werden, anstatt ihn heimlich zu verhandeln und abzuschließen und dann die Öffentlichkeit zu »informieren«. Das ist ein Stil von »Bürgerbeteiligung«, den viele Betroffene zurecht als



Foto: Bürgerinitiative Lebenswertes Lokstedt

Show- und Alibiveranstaltung kritisieren. Wir schlagen deshalb vor, noch einmal innezuhalten und einen »Großen Lokstedter Ratschlag« zu initiieren, der nicht nur die Initiatoren, sondern auch und vor allem die Anwohner und Schreiber einbezieht.

Zweitens wollen wir ein öffentliches, grünes und lebenswertes Lokstedt. Unser Vorschlag, den wir im Rahmen eines solchen »Großen Lokstedter Ratschlags« einbringen möchten, ist die Einrichtung eines öffentlichen Geländes, das als »Park für Lokstedt« gestaltet werden könnte, vielleicht mit einer Kita. Hier könnte eine gute Bürgerbeteiligung viele Ideen und Gestaltungsvorschläge einbringen, an denen alle Lokstedter ihre Freude hätten.

Und drittens sollte der Bebauungsplan Unnastraße erst auf Grundlage eines solchermaßen ausgehandelten Kompromisses erfolgen! Also: Die für das Wohnungsbauprojekt geplante Bürgerbeteiligung muss sich auf den gesamten »Beiersdorf-Komplex« erstrecken!

Ja, wir LINKEN stellen uns gegen die BV-Mehrheit und stehen dafür in der Schusslinie, wie die letzte Bezirksversammlung gezeigt hat. Aber das kennen wir und lassen uns nicht bange machen. Das war bereits beim Bürgerentscheid gegen den Grünfraß des MEAG-Konzerns in Eidelstedt der Fall. Am Ende aber waren es nicht wir, sondern die Befürworter des MEAG-Plans, die bei den Eimsbütteler Bürgern krachend gescheitert sind! Das muss sich ja nicht wiederholen, deshalb plädieren wir dafür, dass sich die Fraktionen von SPD, Grüne und CDU unsere Einwände teilen und ihre Bürgerschaftsfraktionen auffordern, den Verkauf dieser öffentlichen Flächen abzulehnen.

Ich danke allen Anwesenden für die Aufmerksamkeit und wünsche eine sachliche und unaufgeregte Aussprache!

Die Linksfraktion macht »Mut gegen Armut«

Von Miriam Crass, Fachreferentin für Soziales in der Hamburger Linksfraktion



Wohnen in Eidelstedt – gut und günstig?, 21.2.2018 (Foto: Miriam Crass)

Eigentlich geht es Hamburg doch gut: Die Wirtschaft wächst, die Steuern sprudeln. Aber trotzdem – die soziale Spaltung in der Stadt wird immer größer. Von Armut betroffen sind vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende und MigrantInnen. Mehr noch: Jedes vierte Kind wächst in Hamburg in Armut auf und fast 17% der RentnerInnen gelten als arm. Weil die Rente nicht reicht, müssen viele von ihnen weiterarbeiten: Seit 2003 ist die Zahl der SeniorInnen mit Minijob um 67% gestiegen. Und: Armut verteilt sich in Hamburg regional sehr unterschiedlich. Neben Stadtteilen mit einem sehr hohen Durchschnittseinkommen gibt es solche, in denen sich Armut, Sozialhilfebezug und schlechte Wohnverhältnisse konzentrieren. So müssen in Nienstedten nur etwa 0,5% der Kinder von Mindestsicherung leben und in Blankenese 0,7% – in Billstedt ist diese Quote etwa 63mal so hoch.

Die Viertel, in denen arme HamburgerInnen leben, sind auch die am stärksten lärm- und schadstoffbelasteten mit weniger Infrastruktur und einer schlechteren Gesundheitsversorgung. Zum Beispiel kümmert sich in Othmarschen ein/e Kinderarzt/ärztin um 995 Kinder, in Jenfeld dagegen um 4.937 – fünfmal so viel. Im Stadtteil Eimsbüttel gibt es 36 FrauenärztInnen, in Steilshoop gar keine.

Um mit Betroffenen, Engagierten und Initiativen über diese Missstände zu diskutieren, geht die Fraktion DIE LINKE seit letztem Herbst mit ihrer Veranstaltungsreihe »Mut gegen Armut« in die Stadtteile. Dabei zeigt sich: Es gibt viel zu bereden! Seit November letzten Jahres haben mehrere hundert HamburgerInnen zehn Veranstaltungen der Reihe besucht und die unterschiedlichen Aspekte und Auswirkungen von Armut in Hamburg diskutiert: Wie zeigt sich Armut von Kin-

Mut gegen Armut: Politische Perspektiven für ein sozialeres Hamburg

Fachtag der Linksfraktion zum Abschluss der Veranstaltungsreihe

Mittwoch, 23. Mai 2018, 14.00 bis 18.30 Uhr, Rathaus, Kaisersaal

Gemeinsam mit ExpertInnen und Teilnehmenden möchte DIE LINKE vor dem Hintergrund der Veranstaltungsreihe politische Alternativen entwickeln: Wo ist der politische Handlungsbedarf besonders groß? Was muss politisch geschehen? Was soll in einem Armutsbekämpfungsprogramm für Hamburg aufgenommen werden? Hierzu laden die Fraktionsvorsitzenden Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir ein zu Referaten und Diskussion unter anderem mit:

- Alexander Fischer (DIE LINKE), Staatssekretär für Arbeit und Soziales in Berlin: »Armutsbekämpfung in Großstädten – Was kann Hamburg von Berlin lernen?«
- Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup: »Sozialpolitik statt Schuldenbremse«

Mehr Informationen unter www.linksfraktion-hamburg.de/event/mut-gegen-armut-politische-perspektiven-fuer-ein-sozialeres-hamburg-fachtag/.

dern und Jugendlichen in Steilshoop? Wie wohnt es sich in Eidelstedt? Wie gelingt gute Integration in Eppendorf? Wo ist der politische Handlungsbedarf besonders groß? Welche Konzepte zur Bekämpfung von Altersarmut gibt es? Wie gelingt eine gute Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen?

Unter dem Motto »Soziale Infrastruktur – was brauchen wir im Stadtteil?« lud die Linksfraktion z.B. AnwohnerInnen und VertreterInnen sozialer Einrichtungen in Billstedt ein (s. auch den ausführlicheren Bericht von Marion Fisch in diesem »BürgerInnenbrief«). Statt Spielhallen und Shisha-Bars braucht es Angebote für Kinder und Jugendliche, Übungsräume sowie freie Räume für Meinungsaustausch und Mitgestaltung, so der Tenor des Publikums. Jugendliche müssen weit fahren oder treffen sich im Billstedt-Center, weil es an

Angeboten fehlt. Hier gilt aber: Wer nicht konsumiert, muss gehen. Zwar habe es keine direkten finanziellen Kürzungen gegeben, so die Podiumsgäste, aber die finanzielle Ausstattung der Einrichtungen sei an die laufenden Kosten in den letzten zwanzig Jahren nicht angepasst worden. Konkret bedeutet dies dann doch Personalmangel in den Einrichtungen und weniger Geld für Honorare. So haben die meisten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit weniger als zwei Vollzeitstellen, viele sogar weniger als eine.

Zum Ende der Veranstaltungsreihe kehrt die Fraktion am 23. Mai zu einem Fachtag zurück ins Rathaus, um die Ergebnisse zusammenzuführen (s.o.). Ziel ist es, Eckpunkte für ein Armutsbekämpfungsprogramm für Hamburg zu formulieren.

Bessere Brötchen, mehr Raum für Soziales!

Marion Fisch über die »Mut-gegen-Armut«-Veranstaltung in Billstedt



Auf dem Podium v.l.n.r.: J. Richter, K. Wienberg, M. Yildiz, L. Omland, M. Bryan (Hamburg-Billstedt, 22.3.2018, Foto: M. Fisch)

Unter dem Titel »Soziale Infrastruktur – was brauchen wir im Stadtteil?« luden am 22. März VertreterInnen von sozialen Einrichtungen, einer Bürgerinitiative und Mehmet Yildiz von der Linksfraktion in der Bürgerschaft in den Kulturpalast Billstedt ein.¹ Gut 60 Bürgerinnen und Bürger, Jüngere und Ältere, nicht wenige mit türkischem Migrationshintergrund, kamen, um über das Thema zu sprechen und auch konkrete eigene Bedürfnisse zu formulieren.

Einleitend erläuterte Dr. Johannes Richter von der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie/Rauhes Haus, was unter Sozialer Infrastruktur zu verstehen ist. Er machte darauf aufmerksam, dass der Begriff der Infrastruktur militärische »Wurzeln« hat und z.B. im Boden befindliche Leitungen als Voraussetzung für das Funktionieren des oberirdischen

Kriegsgeräts umfasste. Hier aber ging es um die überwiegend seit Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Einrichtungen für die Bedürfnisse des Gemeinwesens. Als Funktionen sozialer Infrastruktur für Jugendliche nannte Richter, der auch in der Ombudstelle für Jugendhilfe tätig ist, insbesondere auf Billstedt bezogen: die eigenwillige Nutzung von Einrich-

¹ Siehe auch den Bericht von Mehmet Yildiz und Yann Chaudesaigues, Mut gegen Armut in Billstedt: »Wir brauchen mehr (Frei-)Räume!«, 27.3.2018, www.linksfraktion-hamburg.de/2018/03/27/mut-gegen-armut-in-billstedt-wir-brauchen-mehr-frei-raeume/.

Marion Fisch ist Mitarbeiterin im VSA: Verlag und Mitglied für DIE LINKE im Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort.

tungen, den unentgeltlichen, durch den Staat finanzierten Charakter und die häufige Unterfinanzierung, die Ermöglichung von Selbstbildung (versus z.B. das Billstedt-Zentrum als Sozialraum, der vermarktet ist und bestimmte Gruppen ausschließt) und die Ermöglichung politischer Bildung im Sinne eines Lernens von Mitbestimmung in solidarischen Formen.

Karin Wienberg vom Verein des Stadtteilhauses »Horner Freiheit«, für dessen Bau sie sich jahrzehntelang engagiert hat, betonte die gute Zusammenarbeit der sozialen Einrichtungen in Horn, insbesondere auch in der Stadtteilkonferenz. Das 2016 endlich eingeweihte Gebäude ist ein Fortschritt, allerdings nicht ohne Wermutstropfen: Es ist jetzt schon zu klein für die Bedürfnisse vor Ort, und die finanzielle Ausstattung ist unzureichend. Es gibt keine feste Grundfinanzierung und nur eine ¾-Personalstelle. Projekte werden jährlich vom Quartiersfonds bewilligt (in dem für ganz Hamburg 2 Mio. Euro enthalten sind), das führt zu Gerangel und nicht selten zu mangelnder Kontinuität. Eine »Selbstfinanzierung« ist utopisch, Vermietungseinnahmen viel zu gering. Zu den neun Einrichtungen, die im Haus ansässig sind, gehört die Bücherhalle, die einen großen Zuwachs an Nachfrage erlebt, zugleich aber eine deutliche Verkleinerung ihrer Fläche gegenüber dem alten Standort verkraften muss. Aktuell besteht die Sorge, wie sich der Bau der U4 zur Horner Geest auf die Horner Freiheit auswirkt, die von der Baustelle geradezu umzingelt wird.

Frappierend war für mich, dass Frau Wienberg über die Bauplanung nicht auf dem Laufenden gehalten wird und Mehmet Yildiz um eine Anfrage über den aktuellen Stand der Arbeiten bat.² In mehreren, durchaus detaillierten Vorträgen im Regionalausschuss und zu Anfang der Planung in der Horner Freiheit selbst war suggeriert worden, dass Hochbahn und bezirkliche Bauplanung stetig im Dialog mit den Betroffenen seien – Plan und Realität klaffen offenbar auseinander. Zum Thema Armut äußerte Frau Wienberg, dass diese nicht nur materiell ausgeprägt sei, sondern insbesondere auch die Möglichkeiten sozialer Teilhabe betreffe. Auch bestehe zwar ein gutes Konzept für psychosoziale ambulante Hilfen, doch gebe es zu wenig Personal – ein generelles Problem bei sozialen Einrichtungen. Wie sich die Auslobung Horns als Pilotprojekt zur Ermittlung der sozialen Infrastruktur auswirkt,³ sei fraglich – es könne positive Effekte geben, aber auch eine »Umkrempelung« bewährter dezentraler Einrichtungen. Schließlich wies sie auf sozialstrukturelle Daten hin⁴ – von den ca. 38.000 BürgerInnen in Horn haben etwa 50% einen Migrationshintergrund (bei den unter 18-Jährigen sind es 73%). Der Anteil der LeistungsempfängerInnen und der Alleinerziehenden ist überdurchschnittlich. Ein großes Problem ist die Wohnungsnot: Es gibt nur noch 1750 Sozialwohnungen in Horn, Tendenz sinkend. Gerade Familien leben oft in zu kleinen Wohnungen, was auch eine – versteckte – Armutsdimension darstellt.

Lars Omland von der »Jugendtage Mümmelmannsberg«, einer Institution der offenen Kinder- und Jugendarbeit im evangelischen (interkonfessionell genutzten) Gemeindezentrum, finanziert aus kirchlichen und öffentlichen Mit-

teln, beschrieb zunächst die Arbeit dieser Einrichtung. Sie ist fünfmal pro Woche geöffnet, bietet an drei Tagen Essen und jährlich Zeltferien für Jugendliche in Südfrankreich. Der Schwerpunkt ist gemeinsames Handeln der Jugendlichen, Berufs- und Suchtberatung. Auch er beklagt zu wenige Stellen, gerade in Mümmelmannsberg mit seiner schwachen sozio-kulturellen Infrastruktur und der hohen sozialen Benachteiligung, insbesondere unter Jugendlichen. Mehr Kooperation mit der Schule sei nötig, auch fehlten Räume z.B. für Feiern – das lange geforderte Bürgerhaus lässt weiter auf sich warten. Soziale Einrichtungen arbeiten am Rande der Belastbarkeit. Es gibt seit 20 Jahren zwar keine Kürzungen, aber wegen der höheren Betriebskosten faktisch doch geringere Mittel, überdies ist die Finanzkraft der Kirche heute weniger gut als früher.

Das Thema Obdachlosigkeit behandelte Max Bryan, der auf St. Pauli mit hohem ehrenamtlichen Einsatz ein Projekt mit Wohncontainern für Obdachlose ins Leben gerufen hat, um diese vor dem Erfrieren zu retten, und auch vom Hamburger Spendenparlament unterstützt wurde. Er beklagte vor allem, dass ihm vom Bezirksamt Mitte hohe Hürden bei der Suche nach Stellplätzen für die Wohncontainer in den Weg gelegt wurden (andere Bezirksamter seien flexibler).

Die Diskussion zeigte reges Interesse und Betroffenheit der BürgerInnen. So prangerte ein Bürger türkischer Herkunft den latenten Rassismus bei Sozialgerichten an und wies auf die Diskriminierung älterer BürgerInnen mit Migrationshintergrund in den Seniorenbeiräten hin. Eine weitere Bürgerin beschrieb ihre bislang erfolglose Suche nach einem kostenlosen Raum für ihr Theaterprojekt. Das Thema mangelnder Räume für Jung und Alt illustrierte anschaulich eine junge Billstedterin: Im Stadtteil fehlten Räume mit Aufenthaltsqualität (ein Begriff, den sonst StadtplanerInnen gerne in den Mund nehmen), es gebe keine attraktiven Bäckereien, stattdessen Spielhallen u.ä. Dabei sei die Prägung der Menschen durch ihre Umgebung ungemein wichtig für ihre kreative Entwicklung.

Die Schlussrunde unterstrich die genannten Defizite. Johannes Richter verwies auf merkbare, wenngleich vom Senat abgestrittene Verdrängungseffekte innerhalb des Hamburger Ostens, d.h. von Hamm in die weiter östlichen Stadtteile. Frau Wienberg erläuterte, dass die Sprinkenhof AG Vermie-

² Die Anfrage und die Antwort des Senats (Bürgerschaftsdrucksache 21/12477 vom 3.4.2018) gibt es unter: www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/61791/auswirkungen-f%c3%bc-die-horner-freiheit-und-die-anwohnerinnen-horns-durch-den-ausbau-der-u4.pdf

³ Siehe dazu Bezirksamtsdrucksache Nr. 21-3363 vom 22.6.2017 (https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/ri/___tmp/tmp/455081-1367934469/7934469/01168966/66.pdf) und zu Horn die Anfrage der LINKEN (Bezirksamtsdrucksache Nr. 21-3363 vom 22.6.2017 und Anfrage der LINKEN (Drucksache 21-3987 vom 15.3.2018, https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/ri/___tmp/tmp/455081-1367934469/7934469/01190491/91.pdf).

⁴ Siehe dazu auch Joachim Bischoff/Bernhard Müller (2017): Soziale Ungleichheit im Wohlstand. Reichtum und Armut in Hamburg. Eine Studie im Auftrag der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2017/09/Soziale_Spaltung_Hamburg_Netz.pdf.

terin der Horner Freiheit ist, die Vereine seien indirekt Mieter über das Bezirksamt, sie bekämen die Räume zu einem an sich geringen Preis von 6 Euro/qm, was sich aber, gerade auch mit den Betriebskosten, zu beträchtlichen Belastungen summieren. Bezüglich der Situation in Billstedt verwies sie auf die zu geringe Kaufkraft vor Ort (s.a. die Schließung der Thalia Buchhandlung). Mehmet Yildiz nannte als positives Beispiel die Rettung der Kantine im ehemaligen Ortsamt – nach großem öffentlichen Druck auf das Bezirksamt. Lars Omland erinnerte daran, dass das Einkaufszentrum in Mümmelmannsberg durch mangelnden Umsatz eingegangen sei – als Spiegel der Stadtteilentwicklung: Anfangs war die Großsiedlung sozial gemischt, wurde dann zunehmend von ärmeren BewohnerInnen geprägt und erlebte eine Angebotsverarmung. Auch die zunächst von Genossenschaften eingerichteten Gemeinschaftsräume wurden weniger, z.T. auch wegen

Verwahrlosung und Vandalismus sowie Klagen der Nachbarn über Lärmbelästigung – ein negativer Kreislauf, der mit ersatzloser Schließung endete. Zugleich gehe der Kontakt der Kinder mit der Arbeit ihrer Eltern oft verloren, diese hätten wegen mehrerer Jobs zu wenig Zeit für ihre Familien, es gebe ein hohes Suchtverhalten, besonders Mädchen seien in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Die Politik müsse handeln, Menschen nicht nur zu Rechenoperationen verkommen lassen – sie seien alle Mühe wert.

Fazit: Eine gelungene Veranstaltung, bei der »Politik« einen Dialog organisiert und den BürgerInnen zugehört hat. Etwas misslich war indes die terminliche Überschneidung mit der Sitzung der Bezirksversammlung Mitte. Denn solche Erkundungen in den Stadtteilen sind wichtige Gelegenheiten, um die soziale Spaltung in Hamburg nicht nur deutlich zu machen, sondern auch Wege zur Überwindung aufzuzeigen.

Vom Ausreisegewahrsam zur Abschiebehafte

Von Nathalie Meyer, Referentin bei Christiane Schneider



Dringend gebraucht (Foto: Michael Joho)

Passend zu den Äußerungen des neuen Innenministers und Hardliners Horst Seehofer, er habe einen »Masterplan für Abschiebung« und wolle »konsequentere Abschiebungen« durchsetzen, ist auch Hamburg drauf und dran, die Rahmenbedingungen für die Abschiebungen von Menschen ohne Aufenthaltstitel erheblich auszubauen und voranzutreiben.

Seit Ende 2014 verfügte Hamburg über keine Einrichtung, in der die Abschiebehafte vollzogen werden konnte. Hintergrund war eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte von 2014, in der die gemeinsame Unterbringung von Abschiebehafte- und Strafgefangenen untersagt wurde. Damit fand auch in Hamburg die Unterbringung von Abschiebehaftegefangenen in den Justizvollzugsanstalten in Billwerder und Hahnöfersand ihr Ende. Abgeschoben wurde natürlich trotzdem: Für Abschiebehaftegefangene aus Ham-

burg wurden seitdem einfach die Haftplätze in Abschiebehaftegefängnissen anderer Bundesländer genutzt.

Bereits Ende 2016 bröckelte diese Praxis: Hamburg errichtete als erstes Bundesland eine Einrichtung zum Vollzug des sogenannten Ausreisegewahrsams. Seitdem können illegalisierte Menschen ohne Aufenthaltstitel für bis zu zehn Tage inhaftiert werden, um abgeschoben zu werden. Schon beim Bau des Ausreisegewahrsams befürchteten viele KritikerInnen, dass der Ausreisegewahrsam nur eine Vorstufe zur Etablierung einer Abschiebehafteinrichtung in Hamburg sein würde – und sie behielten recht: Denn der Senat hat nun ein Gesetz zum Vollzug der Abschiebehafte in Hamburg auf den Weg gebracht, das Ende März gegen die Stimmen der LINKEN und der FDP in der Hamburgischen Bürgerschaft verabschiedet wurde. Damit wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, um

zukünftig Abschiebehaftgefangene für maximal sechs Wochen auf dem Gelände des sogenannten Ausreisegewahrsams am Hamburger Flughafen festhalten zu können.

Geplant ist, dass der Vollzug der Abschiebehaft nun unmittelbar aufgenommen wird, obwohl der entsprechende Ausbau der Einrichtung bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Zwar sind bereits die ersten Sicherungsmaßnahmen ausgebaut worden, nicht aber z.B. die Freizeit- und Ruhebereiche für die Gefangenen. Für die in den nächsten Wochen dort inhaftierten Abschiebehaftgefangenen bedeutet dies, dass sie in der sehr belastenden Situation im Angesicht ihrer dro-

henden Abschiebung bis zu sechs Wochen auf einer Baustelle ohne ein Minimum an akzeptablen Haftbedingungen eingesperrt sein werden.

Damit nicht genug: Nachdem bereits Ende Dezember entsprechende Verlautbarungen öffentlich geworden sind, unterzeichneten Anfang März die Innenminister der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern eine Absichtserklärung zum Bau und Betrieb eines gemeinsamen Abschiebehaftgefängnisses in Glücksstadt, das 2019 in Betrieb gehen soll. Offensichtlich verfolgt auch Hamburg einen »Masterplan für Abschiebungen«.

Die »Merkel-muss-weg«-Kundgebungen

Von Christiane Schneider, MdHB



Seit Anfang Februar versammeln sich – bisher wöchentlich – rund 200, aber auch mal bis zu 300 Leute hinter dem Bahnhof Dammtor zu »Merkel-muss-weg«-Kundgebungen. In einem von inzwischen über 140 Organisationen und Gruppen unterstützten Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts heißt es zum Hintergrund dieser Kundgebungen: »Die rechten Anti-Merkel-Demos kritisieren ... Merkel von rechts außen, indem sie sie als Bundeskanzlerin stellvertretend für eine vermeintliche Überfremdung verantwortlich machen und fordern, die Grenzen dicht zu machen und geflüchtete Menschen abzuschieben«.

Längst ist bekannt, dass Drahtzieher und Organisatoren der Veranstaltungen extreme Rechte sind: Identitäre, NP-

oder Ex-NPD-Kader, Reichsbürger, rechte Hooligans, Skinheads und Türsteher mit extrem rechter Geschichte und Vernetzung, die wesentlich im Hintergrund die Fäden ziehen. Im Hintergrund deshalb, um rechtskonservative »bürgerliche« Kräfte nicht zu verprellen. Tatsächlich finden sich stets auch gutsituiert aussehende TeilnehmerInnen in dem Haufen, die (nach meinen Beobachtungen bei zwei dieser Kundgebungen) keinerlei Abgrenzung erkennen lassen. Wann immer Redner dazu anstacheln, fallen nahezu alle in den aggressiv skandierenden Chor ein: »Merkel muss weg!«, »Abschieben«, »Widerstand« oder rufen auf die rhetorische Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre: »Niemand!« Niemand kann sagen, man wisse nicht, um was es da geht.

Demo gegen Rechts, 26.3.2018 (Foto: Christiane Schneider)

Die rechte Mobilisierung, die sich offen drohend gegen Teile der Stadtgesellschaft richtet, bleibt jedoch nicht ohne Antwort. Ich finde es großartig, dass sich Woche für Woche zwischen 1.000 und 1.500 Menschen, oder wie am 26. März sogar 2000, dem Mob in den Weg stellen. Die Gegendemonstrationen scheinen auch Wirkung zu zeigen, denn inzwischen haben die Veranstalter entschieden, sich nur noch alle zwei Wochen hinter dem Dammtor-Bahnhof zu versammeln.

... und die AfD

Offiziell unterstützt die Hamburger AfD die Montagsdemonstrationen nicht. Soweit bekannt, halten sich jedenfalls ihre Repräsentanten aus Fraktion und Parteiführung fern. Ihre Sympathie für und Nähe zu diesen Veranstaltungen – einschließlich ihrer Drahtzieher und Hintermänner – wurde allerdings in der Bürgerschaftssitzung am 11. April überdeutlich. In der Debatte über die Regierungserklärung des neuen Bürgermeisters hatte der AfD-Fraktionsvorsitzende Kruse, der sonst immer so betont bürgerlich tut, neben einer regelrechten Hasstirade auf den Islam im Allgemeinen und die islamischen Religionsgemeinschaften in Hamburg im Besonderen eigentlich nur ein Thema: eben diese Montagsdemonstrationen und die angebliche »zunehmenden Einschränkung der Meinungsfreiheit«, von der die montags demonstrierende Rechte betroffen sei. Dabei griff Kruse nicht nur die Gegendemonstrationen an, sondern auch den Senat, neben Katharina Fegebank, die wegen ihrer Kritik an den Versammlungen in den vorangegangenen Wochen zum Hasobjekt der rechten Szene geworden war, auch Innensenator Grote: »Eine andere Qualität bekam das Ganze, als Innensenator Grote die normalen Bürger davor warnte, dort zu demonstrieren, und jeder, der dort mitlaufe, müsse wissen, dass er mit Rechtsextremen gemeinsame Sache mache ... Auf Nachfrage sind dann mehrere Personen benannt worden, die von Sicherheitsbehörden rechten Organisationen zugeordnet werden. Die bekamen einen Stempel auf die Stirn, wo draufstand z.B. Identitäre, Reichsbürger, NPD, Pegida und andere grausige Begriffe ... Auch solche Leute haben ein Demonstrationsrecht. Auch für solche Leute gilt die Meinungsfreiheit und das Grundgesetz ... Wenn es noch ein paar mehr wären, die Herr Grote als Igitt brandmarkt (!), dann bleiben immer noch über 200 normale Bürger, die friedlich gegen Frau Merkel demonstrieren wollen.« Distanz zu Nazis sieht anders aus.

Montagsdemos: Teil einer bundesweiten Kampagne

Die Reichweite der rechten Montagsmobilisierung in Hamburg geht weit über den vergleichsweise kleinen Kreis der TeilnehmerInnen hinaus. Seit einigen Wochen werden Livestreams der Veranstaltungen auf Facebook und Youtube gestellt, die etliche zehntausend Mal angeklickt werden (ob nur von realen Menschen, sei dahingestellt). Unter anderem sind die Videos auf dem Youtube-Kanal von »nobel & frei« zu sehen, der ansonsten Interviews mit oder Reden von AfD-PolitikerInnen veröffentlicht.

Laut der Auskunft des Landesamts für Verfassungsschutz im Innenausschuss der Bürgerschaft sollen sich nach dem

Vorbild der Hamburger Montagsdemos entsprechende Veranstaltungen in anderen Städten, z.B. Mainz, organisiert haben. Alles spricht dafür, dass diese Montagsdemonstrationen Teil einer bundesweiten, zentral gelenkten Mobilisierung zu einem bundesweiten »Tag der Patrioten« am 17. Juni sind, an dem die Rechten in möglichst vielen Städten ihren Angriff gegen die Vielfalt der Gesellschaft auf die Straße tragen will. Da an diesem Tag auch die Fußball-Nationalmannschaft spiele und deshalb ohnehin viele Deutschlandfahnen auf den Straßen und Plätzen zu erwarten seien, solle man sich unter die Fans mischen und »würdig« mit ihnen feiern, heißt es in einem Aufruf.

Ich meine, dass sich in Hamburg an diesem Tag nicht nur wie bisher 1.000 oder 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten den rechten Parolen entgegenstellen sollten, sondern dass eine große demokratische Öffentlichkeit deutlich macht, dass der Rechten kein Fußbreit für ihren Hass auf die gesellschaftliche Vielfalt, für ihren Angriff auf anders Aussehende, anders Lebende, anders Denkende und auf ihre Menschenrechte, ihre Menschenwürde überlassen wird.

Der Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts vom März 2018 kann durch Unterschriften weiter unterstützt werden:

www.keine-stimme-den-nazis.org/montags-gegen-nazis/aufruf



Für einen würdigen Gedenkort im Stadthaus!

Von Conny Kerth, Vorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten



Aus dem Flyer der Initiative Gedenkort Stadthaus

Ende Oktober 2017 wurde bekannt, dass von dem »angemessenen und würdigen Gedenken an Widerstand und Verfolgung in Hamburg im Stadthaus« nur noch eine Ausstellung auf 70 Quadratmetern inmitten einer Buchhandlung mit angeschlossenem Café übriggeblieben ist.

Dagegen protestiert die Initiative Gedenkort Stadthaus. Unserem Aufruf zur Kundgebung am 30. Januar 2018 folgten ca. 300 Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen, darunter viele Angehörige derer, die in den Folterkellern der Gestapo im Stadthaus misshandelt worden waren. Hatte vorher nur die »Morgenpost« über unseren Protest berichtet und den skandalösen Schriftzug »Bienvenue Moin Moin Stadthöfe« ins Bild gesetzt, so griffen nun auch andere deutsche und internationale Medien das Thema auf. »Die Zeit« brachte die Zumutung der privatisierten Planung und der (kultur-)behördlichen Zustimmung auf den Nenner: Was für eine Torheit! Und der Druck wirkte: Am 8. Februar gab der Investor Quantum bekannt, dass der Skandal-Schriftzug entfernt wird. Wie lange wird es an den Oberlichtern des ehemaligen Folterkellers noch heißen: »Kopp hoch, chérie«?

Im Februar wurde eine Auswahl von VertreterInnen der Initiative zu einem Gespräch in die Kulturbehörde eingeladen (andere explizit nicht ...). Fast die Hälfte der anberaumten 90 Minuten wurde uns der bekannte Sachstand erläutert. Auf die ausschließlich kritischen Äußerungen aller Eingeladenen, die aus verschiedenen Perspektiven das vorgestellte Konzept des »Dreiklangs«, mit dem Buchhandlung, Café und Ausstellung gemeinsam zum »Gedenkort Stadthaus« erklärt werden, ablehnten, kamen nur die Absurditäten, die man aus einer Pressemitteilung der Kulturbehörde vom 30. Januar schon kannte. Dazu gehört, dass der »offene Kommunikationsraum« zwischen Latte macchiato und Kinderbuch, in dem die Ausstellung in den kommerziellen Raum eingebunden wird, als zukunftsweisendes Modell verkauft wird. Hier werde Gedenken als gesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und end-

lich nicht mehr an den Staat oder die KZ-Gedenkstätte Neuengamme »delegiert«. Privatisierung als Vergesellschaftung?

Einige konkrete Informationen gab es auf Nachfrage: Besuchergruppen sollen sich im Voraus anmelden, ein schallschluckender Vorhang kann bei Bedarf Gruppen vom »offenen Raum« trennen, und wer die Ausstellung im »Seufzergang« sehen will, muss in der Buchhandlung den Aufzug freischalten lassen, mit dem man erst dorthin gelangt. Inzwischen fand auch eine erste Beiratssitzung mit »Expert*innen« aus Verbänden und Wissenschaft statt, die eingeladen sind, an einem Diskussionsprozess über die Inhalte der künftigen Ausstellung teilzunehmen. Wie auf der vorgesehenen Fläche auch nur ansatzweise angemessen dargestellt werden soll, wie an diesem zentralen Ort der Nazi-Terror in weiten Teilen Norddeutschlands organisiert wurde, blieb auch hier ein Rätsel.

Indes, Buchhandlung und Café sollen am 2. Mai als »Gedenkort« eröffnet werden. Just am Vorabend der Befreiung Hamburgs und somit an dem Tag, zu dem wir eine internationale Kundgebung am Ort des Geschehens angemeldet haben. Wir wünschen uns rege Beteiligung, denn es bleibt dabei: Die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe und gehört in den öffentlichen Raum!

Konsum statt Gedenken? Niemals!

Internationale Kundgebung der Initiative Gedenkort Stadthaus

**Mittwoch, 2. Mai 2018, 17.30 Uhr,
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall**

Der (in dieser Woche noch aktualisierte) Aufruf findet sich hier: <http://hamburg.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/16/2018/01/Konsum-statt-Gedenken-Niemals.pdf>.

Don't think – be smart?

Heike Sudmann über Chancen und Risiken der »Smart City«



Noch analog: Ausschnitt aus dem Stadtmodell (M. Joho)

Smart City? Das hat doch irgendwas mit Technik zu tun, mit Digitalisierung. So ähnlich habe ich lange gedacht und mich nicht weiter mit dem Thema beschäftigt. Aufgrund einer Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Titel »Hamburg auf dem Weg zur Smart City – Chancen und Risiken« habe ich mich mit dem Thema genauer auseinandergesetzt.

Beispiele für die Smart City

Eines vorweg: Es gibt nicht die eine Definition von »smart city«. Am häufigsten ist eine Verbindung der smart city mit Nachhaltigkeitszielen und dem Klimawandel zu finden. Intelligente Technik und Digitalisierung sollen genutzt werden, um die Ressourcen und das Klima zu schonen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat 2017 eine »smart city charta« veröffentlicht. Darin heißt es, dass smart cities nachhaltiger und integrierter Stadtentwicklung verpflichtet sind und auf ressourcenschonende und bedarfsgerechte Lösungen für die zentralen Herausforderungen der Stadtentwicklung gezielt werden (das Dokument ist hier zu finden: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2017/smart-city-charta-de-eng.html?nn=442208>).

Die Herausforderungen der Städte sind angesichts ihres Wachstums und der steigenden Verstädterung enorm. Da ist Hilfe gefragt und gern gesehen. Wie das aussehen kann, zeigt die nordspanische Stadt Santander, die oft als Musterstadt gepriesen wird:

- Intelligente Mülltonnen, die »Bescheid sagen«, wenn sie geleert werden müssen und somit unnötige Fahrten ersparen;
- Straßenlaternen, die ihr Licht nur spenden, wenn es gebraucht wird, also Mensch oder Fahrzeug sich bei Dunkelheit nähern;
- öffentliche Grünanlagen, die bei Trockenheit quasi selbsttätig die Beregnung in Gang setzen;

- ein Parkleitsystem, das binnen Sekunden freie Plätze meldet und somit den Verkehr lenkt.

Smart City ist ein riesiger Markt

Einer Studie der Wirtschafts- und Unternehmensberatung KPMG und des Unternehmens Siemens zufolge konnten in Santander so bis zu 60% Einspareffekte erzielt werden. Dass diese Studie von KPMG und Siemens erstellt wurde, ist übrigens keine Überraschung. Die vier großen Beratungsfirmen KPMG, PriceWaterhouseCooper, Deloitte und Ernst & Young, die bei der Frage von Outsourcing und Privatisierungen immer dabei sind, dominieren den Markt ebenso wie die großen Unternehmen CISCO, IBM, Siemens oder Philipps. Allein für den deutschen Smart-City-Markt wurde der Umsatz für das Jahr 2017 auf 20,4 Mrd. Euro beziffert (vgl. Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung, Drucksache 19/1221 vom 15.3.2018). Weltweit wird davon ausgegangen, dass demnächst die Grenze von drei Billionen US-Dollar geknackt wird, womit alle traditionellen Wirtschaftszweige überflügelt wären (vgl. <https://www.rosalux.de/publikation/id/38134/die-smarte-stadt-neu-denken/> S. 15). Die Unternehmen beraten nicht nur die Städte, sondern bieten häufig auch gleich die Dienstleistungen für die Städte an. Die dahinterstehende Privatisierung von öffentlichen Aufgaben ist dabei nicht immer sofort sichtbar.

Smart City Hamburg

In Hamburg gibt es unterschiedliche Aktivitäten rund um die Smart City. Beispielhaft sollen hier nur einige genannt werden.

- Vor vier Jahren startete eine Zusammenarbeit mit dem Unternehmen CISCO. In einer Pressemitteilung des Senats vom 30. April 2014 ist zu lesen: »Der zukünftige Erfolg von Städten wird darin liegen, die Vorteile von Technologie für sich zu nutzen. Genau dieses Ziel strebt die Freie und Hansestadt Hamburg an. Mittels intelligenter, innova-

tiver Infrastrukturen will die Metropole die Lebensqualität der Bürger weiter verbessern, indem sie eine höhere Mobilität, Effizienz, Sicherheit und Nachhaltigkeit ermöglicht. Dazu unterzeichnen Hamburg und Cisco heute im Rathaus der Hansestadt ein Smart City Memorandum of Understanding (MoU). Das MoU folgt dem Smart City Summit vom Dezember 2013, bei dem öffentliche Verwaltung, Forschung und Entwicklung sowie lokale und internationale Industrie zusammenkamen, um das Projekt einer Smart City zu skizzieren. Das MoU sieht nun die Bildung spezifischer Pilotprojekte rund um intelligenten Verkehr, intelligente Steuerung von Straßenbeleuchtungen, sensorgestützte Infrastrukturen sowie Bürgerdienstleistungen vor. Eine Vielzahl von Technologiepartnern haben sich bereit erklärt, an den ersten Projekten mitzuwirken: AGT International, avodaq, InnoTec Data, Philips, Streetline, T-Systems und WorldSensing. Weitere Partner sind eingeladen, sich am offenen Ecosystem zu beteiligen. Unter dem MoU kann Hamburg auch verschiedene Ansätze des von Cisco entwickelten Konzepts Smart+Connected Communities™ (S+CC) für sich definieren und umsetzen. Cisco ist ebenfalls bereit, Hamburg bei der Entwicklung einer digitalen Agenda zu unterstützen. ...« Angesichts der bereits skizzierten Umsätze auf dem Smart-City-Markt liest es sich geradezu naiv, dass sich die Partner »bereit erklären mitzuwirken« oder zu »unterstützen«. Hamburg muss nicht dankbar sein, sondern für die Dienstleistungen bezahlen.

- An dem EU-Projekt »my smart life« ist neben den Städten Nantes und Helsinki Hamburg mit dem Bezirk Bergedorf beteiligt. Auch hier geht es um »grüne« Themen wie erneuerbare Energien und umweltfreundliche Mobilität. Laut homepage (<http://www.hamburg.de/contentblob/9534290/5d369723c527323392d0a668cd38023b/data/d-msl-talk.pdf>) ist hier auch VW beteiligt.
- Das CityScienceLab der HafenCityUniversität ist bekannt geworden bei der Suche nach Unterkünften für Geflüchtete (»finding places«). Die dort generierten Daten sind für die Stadtplanung sehr interessant, da sie für jedes Grundstück aufzeigen, welches Planrecht und welche Einschränkungen es gibt.
- Im Verkehrsbereich gibt es noch viele Projekte:
 - Den ITS-Weltkongress im Jahr 2021 zum Thema Intelligente Verkehrssysteme und Services (ITS = Intelligent Transport Systems),
 - autonomes Fahren,
 - digitales Bezahlssystem beim HVV (check in/be out). Die Ein- und Ausstiegsdaten des Fahrgastes werden von seinem Smartphone weitergegeben und darauf basierend der optimale Fahrpreis errechnet. (Anmerkung HS: Und das komplette Bewegungsprofil kann auch gleich erstellt werden.)

In die Aufzählung gehört auch die Nutzung digitaler Technologien für emanzipatorische Aktionen.

- Freifunk z.B. hat für Geflüchtete Internetzugänge geschaffen, die auch die alternative Berichterstattung beim G20-Gipfel (FC/MC - Mediententrum im Millerntor) si-



E-Tanke (Foto: Michsel Joho)

herstellten. »Die Vision von Freifunk ist die Verbreitung freier Netzwerke, die Demokratisierung der Kommunikationsmedien und die Förderung lokaler Sozialstrukturen. Durch die Vernetzung ganzer Stadtteile wollen wir der digitalen Spaltung entgegenwirken und freie unabhängige Netzwerkstrukturen aufbauen« (<https://hamburg.freifunk.net>).

- Die NOlympia-Kampagne war nicht zuletzt auch aufgrund der aktiven Nutzung der sozialen Medien so erfolgreich.
- Mit dem »Leerstandsmelder« wurde und wird eine digitale Karte Hamburgs mit zweckentfremdeten Wohnungen erstellt. Diese Aktion ist unverändert notwendig, da die Stadt selbst den Leerstand nicht aktiv genug bekämpft.

Kritik statt Technikfeindlichkeit?!

Unbestritten schreitet die Digitalisierung voran. Eine kritische Auseinandersetzung gerade mit den Smart-City-Projekten ist in der Hamburger Politik hingegen nach meiner Wahrnehmung noch nicht weit vorangeschritten, auch nicht bei den Linken. Für diese Zurückhaltung mag es verschiedene Gründe geben. Zum einen will sich kaum jemand dem Vorwurf der Technikfeindlichkeit aussetzen, zum anderen sind die Auswirkungen der »technischen« Projekte häufig nicht so leicht zu erkennen, besonders wenn sie auf dem ersten Blick positive Effekte mit sich bringen. Sybille Bauriedl beschreibt das in ihrem Beitrag für die »Geographische Rundschau«, Nr. 7-8/2017, S. 22, an einem Beispiel: »Wenn IKT-Systeme (Anm. HS: Informations- und Kommunikationstechnologien) dazu beitragen, Verkehrsstaus zu reduzieren und den Zugang zu Parkplätzen zu erhöhen, ist die Mehrheit der Stadtbewohner*innen mit diesen Technologien einverstanden – auch wenn sie nicht genau verstehen, wie diese nützlichen Erkenntnisse zustande kommen. Jenseits der Kontrolle über die generierten Daten selbst geht es auch um die Algorithmen, die benutzt werden, um Daten zu verarbeiten und zu interpretieren. Sie spielen eine immer wichtigere Rolle bei der Auswahl, welche Daten als relevant betrachtet werden. Sie bestimmen, was zu wissen ist und wie es zu wissen ist.«

Um Datenverarbeitung und Interpretation geht es z.B. bei der Überwachung in Fußballstadien oder von Demonstrationen. Da werden Verhaltensvoraussagen gemacht und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Mit entsprechenden Parametern können die Maßnahmen dann dazu beitragen,

dass die Voraussagen sich von selbst erfüllen – was ohne die Maßnahmen vielleicht nicht geschehen wäre.

Fazit

Smarte Technologien haben nicht nur mit der jeweiligen Technik zu tun, sondern betreffen viel mehr Lebensbereiche. Sie generieren Daten in ungeahnten Ausmaßen, mit einer Vielzahl von Verknüpfungsmöglichkeiten. Deshalb ist die wesentliche Ausgangsvoraussetzung der öffentliche Zugang und das öffentliche Eigentum dieser Daten. Nicht die Unternehmen mit ihren jeweiligen Profitinteressen dürfen bestimmen, welche Daten erfasst und wie sie ausgewertet werden, sondern

die Bürgerinnen und Bürger. Nicht eine Überwachungs- und Kontrollstadt, sondern eine Stadt der gerecht geteilten digitalen Gemeingüter muss das Ziel sein. Hierüber muss die gewählte Politik im Hamburger Rathaus streiten. »Don't think, be smart« in Anlehnung an eine Aktion für FahrranfängerInnen (»Don't drink, be smart«) kann nicht das Motto sein. Vielmehr gilt hier: Augen auf im Datenverkehr!

Nachsatz: Ein besonderer Dank geht an Sybille Bauriedl, die mir viele Hinweise aus ihrer kritischen Stadtforschung zu diesem Thema gegeben hat. Für die Umsetzung dieser Hinweise bin alleine ich verantwortlich.

Ein missverstandener Kritiker wird 200

Joachim Bischoff über die kapitalistische Warengesellschaft und das Marx-Jubiläum



Hintergrund: Trier, Brückenstraße 10, Marx' Geburtshaus
(Foto: Lutz Hartmann/Wikipedia; davor das Ampelmännchen)

Am 5. Mai jährt sich der Geburtstag des Autors der »Kritik der politischen Ökonomie« und Mitbegründer der internationalen Arbeiterbewegung zum 200. Mal. Zu diesem Jubiläum zeigt die kapitalistische Warengesellschaft, zu welchen Höchstleistungen sie fähig ist: Ausstellungen in Hamburg, Trier etc., Bücher sowie Artikel in allen wichtigen Zeitungen und Zeitschriften; passend zum Jubel-Jubiläum gibt es einschlägige T-Shirts, Tragetaschen etc. Auch Karl Marx' Heimatstadt Trier weiß die Berühmtheit ihres Sohnes zu vermarkten – und hat ihn nun zu einem Ampelmännchen gemacht.

Marx kam am 5. Mai 1818 in Trier zur Welt und verbrachte dort die ersten 17 Jahre seines Lebens, ehe er zum Studium erst nach Bonn, schließlich nach Berlin zog und den Rest seines Lebens im Exil – vor allem in London – zubrachte. Revolutionär, Gelehrter, Journalist oder Marxist? Kaum eine Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts ist heute noch so bekannt, aber auch so umstritten und missverstanden wie Karl Marx.

Das Museum der Arbeit in Hamburg nimmt das 150-jährige Jubiläum der Erstveröffentlichung seines Hauptwerkes »Das Kapital«, eines Klassikers der politischen Ideengeschichte und die bekannteste, wenn auch nicht populäre Kapitalis-

mus-Analyse, zum Aufhänger für eine Ausstellung. Der erste Band der »Kritik der politischen Ökonomie« erschien 1867 in Hamburg, im Verlag von Otto Meissner. Ziel der Ausstellung ist es, zum Nachdenken über Aktualität und Grenzen dieses umkämpften Klassikers anzuregen – und zwar weder dogmatisch noch akademisch, sondern assoziativ und partizipativ.

Jürgen Bönig hat die Geschichte von Marx in Hamburg aufgearbeitet.¹ In Absetzung zur aktuellen Marx-Mania ist das »Kapital« für ihn ein Buch, das so lange wichtig ist, wie der Kapitalismus existiert. Immer könnte jemand sich dieses Buch vornehmen und Sprengstoff darin finden. Es ist eine Drohung. Und ein Versprechen.

Bewegungsgesetze der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft

Jürgen Kocka, Mitbegründer der »Bielefelder Schule« der Historischen Sozialwissenschaft, fasst seinen Eindruck von der wissenschaftlichen Bedeutung von Marx im »Tagesspiegel«

¹ Jürgen Bönig: »Karl Marx in Hamburg. Der Produktionsprozess des »Kapital««. Hamburg: VSA: Verlag 2017.

vom 6.4.2018 zusammen: »Dazu gehörte seine Fähigkeit, die europaweit diskutierte soziale Frage mit den besten Traditionen der deutschen Philosophie zu verknüpfen und daraus einen emphatischen Begriff von Arbeit als Kern menschlicher Existenz zu entwickeln, um darauf eine Grundsatzkritik der ja erst noch entstehenden bürgerlichen Gesellschaft zu begründen. Fasziniert und fundamental-kritisch zugleich, analysierte Marx als Erster die alle Grenzen überschreitende, tendenziell alles durchdringende und globale Dynamik des Kapitalismus als systemimmanent. Er beschrieb das entstehende Proletariat als leidendes Opfer des Kapitalismus und zugleich als historisches Subjekt mit der Mission, ihn zu überwinden. Seine große intellektuelle und sprachliche Kraft, seine umfassende Bildung in mehreren Sprachen, seine hochentwickelte Medienkompetenz, sein leidenschaftlicher Ehrgeiz, sein dominantes Auftreten und sein oft rücksichtsloses Durchsetzungsvermögen kamen hinzu. Er überzeugte viele andere und gewann historische Gestaltungsmacht.«

Marx war von der Sprengkraft seiner Argumentation in Sachen Dynamik des Kapitalismus überzeugt, wie er einem Weggefährten schrieb: »Vorigen Mittwoch reiste ich von London ab, per steamer, und erreichte unter Sturm und Ungewitter Hamburg Freitag nachmittags, um dort das Manuskript des ersten Bandes Herrn Meißner zu überliefern. Der Druck hat bereits Anfang dieser Woche begonnen, so daß der erste Band Ende Mai erscheinen wird. Das ganze Werk erscheint in 3 Bänden. Der Titel ist: »Das Kapital. Kritik der Politischen Oekonomie«. Der erste Band umfaßt das Erste Buch: »Produktionsprozeß des Kapitals«. Es ist sicher das furchtbarste Missile, das den Bürgern (Grundeigentümer eingeschlossen) noch an den Kopf geschleudert worden ist. Es ist nun wichtig, daß Ihr in der Presse, d.h. den Blättern, die Euch zu Gebot stehn, aufmerksam macht auf das baldige Erscheinen.« (MEW 31, S. 541)

Auch der Freund und Mitstreiter Friedrich Engels teilte die Einschätzung, dass »dicke, wissenschaftliche Bücher ohne solche Nachhülfe ja doch nur langsam« (MEW 31, 292) wirken. Engels war davon überzeugt, dass das Buch gleich bei seinem Erscheinen »großen Effekt machen wird, ... aber es wird sehr nötig sein, dem Enthusiasmus des wissenschaftlichen Bürgers und Beamten etwas auf die Beine zu helfen«. Als »Das Kapital« 1867 auf den Markt kam, war die Nachfrage in der Tat überschaubar, trotz der fleißigen Unterstützung aus den Reihen der Internationalen Arbeiterassoziation blieb der Absatz bescheiden. Vier Jahre sollte es dauern, bis die Erstauflage von 1.000 Exemplaren vergriffen war, bei einem Stückpreis von etwas mehr als drei Talern.

Wilhelm Bracke, neben August Bebel einer der ersten Vertreter der sozialdemokratischen Bewegung im Deutschen Reichstag, hatte die Delegierten der in Hamburg tagenden Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1868 überzeugen können, eine Resolution zum Erscheinen des »Kapital« zu verabschieden: »Karl Marx hat sich durch sein Werk »Der Produktionsprozess des Kapitals« ein unvergängliches Verdienst um die Arbeiterklasse erworben.«² Trotz dieser Aktivitäten rückte das »Kapital« nicht zu einem wichtigen theoretischen Bezugspunkt für die Politik der in-

ternationalen Arbeiterbewegung auf. Dies änderte sich etwas im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Frankreich (Pariser Kommune). Das Wachstum der Internationalen Arbeiterassoziation und die europaweiten Reaktionen auf die Pariser Kommune verschafften den theoretisch-politischen Positionen von Marx einen gewissen Bekanntheitsgrad und bewirkten eine Verbreitung seiner Werke. Das »Kapital« fand sein Publikum in Deutschland (die zweite Auflage erschien 1873), Russland (wo es 1872 in Übersetzung herauskam) und Frankreich (wo die Übersetzung zwischen 1872 und 1875 in mehreren Teilen veröffentlicht wurde). Aber selbst in diesen Ländern standen Marx' Ideen – oftmals aus einer Minderheitsposition heraus – in Konkurrenz mit denen anderer Sozialisten seiner Zeit.

Deutlich wird das Kräfteverhältnis im Zusammenhang mit dem Gothaer Kongress 1875. Marx und Engels äußern in einem Brief an Bracke einige Kritik an dem Arbeitsprozess zum Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Zusammenhang mit der Arbeit einer Kommission, die auf dem Parteitag von 1873 zur Revision dieses Programms gewählt worden war. In weiteren Briefen an Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Blos und Adolf Hepner warnen sie vor der Gefahr des Einflusses des Publizisten Eugen Dühring auf die deutsche Sozialdemokratie und kritisieren dessen Buch »Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus«. Blos fragte danach bei Marx und Engels an, ob dieser Konflikt von diesen verarbeitet worden sei, worauf Marx klarstellt: »Ich »grolle nicht« (wie Heine sagt) und Engels eben so wenig. Wir beide geben keinen Pfifferling für Popularität. Beweis z.B., im Widerwillen gegen allen Personenkultus, habe ich während der Zeit der Internationalen die zahlreichen Anerkennungsmanöver, womit ich von verschiedenen Ländern aus molestiert ward, nie in den Bereich der Publizität dringen lassen, und habe auch nie darauf geantwortet, außer hie und da durch Rüffel. Der erste Eintritt von Engels und mir in die geheime Communistengesellschaft geschah nur unter der Bedingung, dass alles aus den Statuten entfernt würde, was dem Autoritätsaberglauben förderlich. (Lassalle wirkte später grade in der entgegengesetzten Richtung.) Aber solche Ereignisse, wie sie sich auf dem letzten Partheicongreß zugetragen – sie werden gehörig exploitirt von den Feinden der Parthei im Auslande – haben uns jedenfalls Vorsicht in unsren Verhältnissen zu den »Partheigenossen in Deutschland« aufgenötigt.« (MEW 34, S. 309)

Marx erlebte die später einsetzende weltweite Verbreitung seiner Positionen nicht mehr. Dem Sozialhistoriker Gareth Stedman Jones ist in seiner Begründung für die Zähigkeit in der Rezeption durchaus zuzustimmen: Marx sei zwar schon zu Lebzeiten europaweit berühmt gewesen, vor allem als Verfasser von Band 1 des »Kapital« 1867 und als eloquenter Verteidiger der Pariser Kommune von 1871 im Namen der Arbeiter-Internationale. Aber seine Berühmtheit hielt sich in Grenzen, die meisten seiner Schriften waren unbekannt, als

² Manfred Neuhaus: Anmerkungen zur Wirkungsgeschichte des ersten »Kapital«-Bandes. In: Dieter Janke/Jürgen Leibiger/Manfred Neuhaus (Hrsg.): Marx' »Kapital« im 21. Jahrhundert. Leipzig 2017.

er starb, man war noch weit davon entfernt, ihn als Epochen-gestalt zu verehren. Das habe sich erst später geändert.

Ein entscheidender Grund für die Schwierigkeiten der Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie blieb neben den theoretisch-politischen Differenzen die Unabgeschlossenheit seines Werks, was in erster Linie auch den ersten Band des »Kapital« selbst betrifft. Er erschien im September 1867, die Bände zwei und drei wurden von Engels aus den nachgelassenen Manuskripten für den Druck fertiggestellt. Also nur der erste Band ist von Marx letztlich in eigener Verantwortung der Öffentlichkeit übergeben worden. Und selbst dieser Band liegt nicht in einer Fassung vor, von der gesagt werden kann, sie sei eine Ausgabe letzter Hand, die dem letzten Willen des Verfassers entsprochen hätte. Am 13. Dezember 1881 konstatierte Marx in einem längeren Brief an seinen Freund Nikolai F. Danielson in Petersburg: »Mein deutscher Verleger benachrichtigt mich, dass eine dritte Auflage des »Kapitals« notwendig geworden ist. Dies kommt in einem sehr ungelegenen Augenblick. Erstens muss ich wieder gesund werden und zweitens möchte ich den 2. Band so bald wie möglich fertigstellen ... Auf jeden Fall aber werde ich mit meinem Verleger vereinbaren, dass ich für die 3. Auflage nur so wenig Änderungen und Ergänzungen wie möglich mache, dass er aber andererseits diesmal nur 1000 Exemplare statt 3000, wie er ursprünglich wollte, ausdrückt. Wenn diese 1000 Exemplare der 3. Auflage verkauft sind, werde ich vielleicht das Buch so umarbeiten, wie ich es jetzt unter anderen Umständen getan hätte.« (MEW 35, 245f.) Zu dieser Umarbeitung ist er krankheits halber nicht mehr gekommen; auch die so dringend verlangte 3. Auflage (mit möglichst geringen Änderungen und Ergänzungen) hat er nicht mehr fertigstellen können.

Thomas Kuczynski hat sich der Aufgabe angenommen, aus den Notizen und Varianten von Marx eine solche überarbeitete Fassung zu rekonstruieren. Kuczynski, Jahrgang 1944, ist in der DDR aufgewachsen und seit seinen Studententagen mit den Arbeiten von Marx vertraut. Er hat lange Jahre als Wirtschaftshistoriker gearbeitet und war – bis zur Abwicklung nach der Vereinnahmung der DDR – der letzte Direktor am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Er arbeitete seit zwei Jahrzehnten, durch andere theoretische und politische Projekte unterbrochen, an einer neuen Ausgabe des ersten Bandes des »Kapital«, die im Dezember 2017 in Hamburg erschienen ist.³

Sowohl die neue Ausgabe des »Kapital«, Band 1, als auch die neue Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) bieten im 21. Jahrhundert eine präzisere Grundlage für die Aneignung und Auseinandersetzung mit der Kritik der politischen Ökonomie. Bekanntlich arbeitet eine internationale Forschergruppe unter der Federführung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften an einer kritischen Neuausgabe der Schriften von Marx und Engels. 59 Bände sind bisher erschienen, weitere 30 sind geplant. Frühere Ausgaben waren unvollständig, bisweilen ungenau und selektiv, teils aus politisch-ideologischen Gründen, teils weil das Werk von Marx erst allmählich zur Gänze bekannt geworden ist. Die neue Ausgabe behebt diese Schwächen und stellt eine neue Grund-

lage zur Erforschung der Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung.

Kapitalismuskritik heute

Nach 150 Jahren erhält die Marxsche Analyse der ökonomischen Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft eine erstaunliche Aufmerksamkeit in der medialen Öffentlichkeit. Das ist angesichts der jahrzehntelangen Kritik und Ausgrenzung Marxscher Kapitalismuskritik sowie des gesellschaftlich-politischen Desasters beim Versuch der Etablierung einer post-kapitalistischen Gesellschaftsordnung bemerkenswert. »Die Zeit« schreibt dazu: »Er ist wieder da. Karl Marx sah die Probleme des Kapitalismus vorher, die heute die Rechtspopulisten befeuern.«⁴ Marx' Analyse der bürgerlichen Gesellschaft sei nützlich für ein Verständnis der aktuellen Probleme: »Vergesst die Marxisten, lest Marx! Denn der ist modern. Studenten der Wirtschaft und der Politik debattieren über ihn, eingefleischte Liberale bewundern seine Prognose-Fähigkeiten. Das liegt an den Problemen der Gegenwart, die 150 Jahre nach Erscheinen seines Buchs »Das Kapital« genau seine Themen sind. Es ging ihm um die Ungleichheit, die der Kapitalismus erzeugen kann, um die Ausbeutung ganz unten in der Gesellschaft und die Exzesse ganz oben. Marx erkannte aber auch das Potenzial unseres Wirtschaftsystems, alte Machtstrukturen aufzubrechen. Dessen Siegeszug in der ganzen Welt sah er vorher. Der Kapitalismus war für Marx eine gigantische Kraft, eine Möglichkeit, die Welt insgesamt reicher zu machen. Die Globalisierung war die Methode, um diese Entwicklung noch zu beschleunigen.«⁵



Duncan C./Karl Marx Graffito, Berlin ©

³ Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie | Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. Neue Textausgabe, bearb. und hrsg. von Thomas Kuczynski. Hardcover mit USB-Card. VSA: Verlag Hamburg 2017.

⁴ Lisa Nienhaus. In: »Die Zeit«, vom 10.2.2017.

⁵ Ebda.

Diese Lektüreempfehlung ist bei einem Großteil der aktuellen Würdigungen mit klaren Einschränkungen versehen: Bei aller neuen Begeisterung für Marx, seine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft sei letztlich falsch und die Geschichtelehre, dass der Traum von einer revolutionären Änderung der Verhältnisse in einer geschichtlichen Katastrophe endet. Marx wird auf die Kategorie eines zeitgenössischen »Weltverstehers« zurückgestuft, »Das Kapital« sei ein philosophisches Werk mit bemerkenswerten Ausblicken auf die totale Kommerzialisierung, die alles zu Waren macht, inzwischen sogar unsere sozialen Verhältnisse. Jürgen Neffe, Verfasser einer aktuellen Marx-Biografie,⁶ benennt den Grund für diese Mischung von Faszination und Distanz gegenüber der Kritik der politischen Ökonomie: »Vielleicht hat Marx die Lernfähigkeit des Kapitalismus tatsächlich unterschätzt – und auch seine Überlebenskraft. Aber dass das System keinen Ewigkeitsanspruch hat, vor allem, wenn es sich so entwickelt wie in unserer globalisierten Welt unter dem Vorzeichen des Neoliberalismus und der dominanten Finanzwirtschaft, sehen heute wieder viele so. Was mir eher Sorgen macht, und deshalb thematisiere ich es in einem eigenen Kapitel über den Postkapitalismus, dass wir keinen Plan B für den Fall besitzen, dass das System tatsächlich kollabiert. 2007/08 während der Finanzkrise waren wir so nahe daran wie noch nie. Die größte Gefahr sehe ich in dem, was Marx »Bereicherungswirtschaft« nennt ... seine Analysen sind vielfach noch zutreffend, das ist umso erstaunlicher. Mich hat besonders das »Maschinenfragment« aus seinen zu Marx' Lebzeiten unveröffentlichten »Grundrissen« von 1857 fasziniert, in dem er sich Gedanken über eine Welt macht, in der alle Produkte und schließlich auch Dienstleistungen von Maschinen erledigt werden. Solch einer Welt nähern wir uns gerade, Stichwort Industrie 4.0 mit Robotern und Künstlicher Intelligenz, mit großen Schritten. Wenn uns die Arbeit ausgeht, fragt sich Marx, wer hätte dann noch Geld, die Dinge zu kaufen?«⁷

Neffe bringt den aktuellen Trend der Marx-Begeisterung auf den Punkt: Marx war als Sozial- oder Moralphilosoph weitsichtiger denn als Analytiker oder Theoretiker über die bürgerliche Gesellschaft seiner Zeit. Die aktuelle Konstellation der sozialen Spaltung und der wachsenden Ungleichheit hätte Marx als Bestätigung seiner Thesen gesehen. Mehr noch: Eben weil Marx nicht so sehr seine Zeit betrachtete, sondern vielmehr theoretisch extrapolierte, habe er vorausgesehen, was sich heute erst zuträgt. Marx habe zudem die Perversität der heutigen Finanzmärkte vorweggenommen, auf denen mehr fiktives Geld bewegt wird, als auch nur ansatzweise durch reale Wertschöpfung gedeckt ist. Zwar sei die Wert- und Verelendungstheorie völlig falsch; aber Marx habe die Bedrohung durch die Automatisierung benannt: Nur Arbeit von Menschenhand könne den Profit steigern. Je mehr Maschinen, desto näher der selbsterzeugte Untergang des Kapitalismus.

Im Großteil der »Würdigungen« von Marx' ökonomischen Analysen fällt dieser Widerspruch auf: Marx habe doch irgendwie recht behalten, ohne dass dieses Urteil meist durch größere Textkenntnis oder Argumentationsnachweise be-

Anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx und des Endes der »Kapital«-Ausstellung ist Folgendes auf der Website des **Museums der Arbeit** (Wiesendamm 3) zu lesen (www.museum-der-arbeit.de/de/veranstaltungen/finissage-das-kapital.htm): »Zur Finissage der Sonderausstellung über das Marsche Werk »Das Kapital« lädt das Museum der Arbeit herzlich ein, feiern Sie mit uns acht Monate »Das Kapital«. Am 5. Mai hätte Karl Marx zudem seinen 200. Geburtstag gefeiert. Zur »ganzen ökonomischen Scheiße« – wie Marx selbst sein Buch nannte – gibt es Musik, unsichtbares Theater »Marx überall«, Lesungen aus dem Briefwechsel von Marx und Engels, Kurzführungen und die große Versteigerung. Der Höhepunkt an diesem Abend wird die Versteigerung der Dosen aus der Ausstellung sein. Wie viel bieten Sie für die Waren Liebe, Erfolg oder Glück? Gerhard Fiedler, künstlerischer Leiter der ALTONALE, ist unser Auktionator!«

16.30 Uhr: Die letzte Führung mit dem Kurator der Ausstellung Joachim Baur

19.00 Uhr: Versteigerung der Dosen aus der Ausstellung



legt wird. Die naheliegende Ausflucht in dieser Betrachtungsweise: der Rückgriff auf die Unterscheidung zwischen dem Moralisten und dem Theoretiker Marx; die Verbindung zwischen dem einen und dem anderen sei vermutlich der Ursprung der wesentlichen Unstimmigkeiten innerhalb des theoretischen Werks.⁸

⁶ Jürgen Neffe: Marx. Der Unvollendete., München: C. Bertelsmann 2017.

⁷ Karim Saab: Marx, ein »Weltverstehers« und »Augenöffner«. Interview mit Jürgen Neffe. In: »Märkische Allgemeine« vom 17.9.2017.

⁸ Vgl. dazu »Herr der Gespenster?« von Thomas Steinfeld München 2017. Steinfeld zeigt, wie Marx' Ideen und Motive bis heute unser Leben prägen. Wer die Gegenwart verstehen will, muss Marx lesen. Die Geschichte, könnte man meinen, habe Marx widerlegt. Kaum jemand träumt noch wie im 19. Jahrhundert von der Revolution, aber wir wollen wissen, wie jene Kraft entsteht, die unsere Gesellschaft immer tiefer spaltet. Steinfeld hat Marx kurz vor dessen 200. Geburtstag noch einmal gelesen und bestechende Analysen unserer Wirtschaft gefunden: zur Gewalt, die das Geld auf den Menschen ausübt, zur Macht, die in Waren verborgen ist, oder zur Krise als einem Normalfall unserer Wirtschaftsform. Befreit von einer weltgeschichtlichen Mission, öffnet Marx' Philosophie uns die Augen für jene Effekte des Kapitalismus, die unser Leben bestimmen, heute mehr denn je.

Kulturtyp: Solidaritätswoche mit Griechenland



Ein wenig ist Griechenland aus den Medien, wenn schon nicht verschwunden, so doch in den Hintergrund getreten – mensch möge sich an die Propagandaattacken vor einigen Jahren erinnern, in denen der »faule Grieche« das ideologische Begleitgerassel für eine massive Austeritätspolitik unter Führung von Finanzminister Schäuble abgab. Auch die Solidaritätsbewegung mit Griechenland ist bis auf einige hartnäckige Gruppen abgeebbt. Da macht sich der Einwohnerverein St. Georg auf, **vom 27. Mai bis zum 5. Juni** eine neuntägige **Woche der Solidarität mit Griechenland und der Stadtteilsolidarität mit Perama** aufzulegen. »Seit dem Jahre 2015 pflegen wir einen partnerschaftlichen Kontakt zur »Freien Versammlung« und ihrer Nachbarschaftsküche in Perama«, heißt es im Programmflyer. »Konkrete Unterstützung sollte es sein, die Bestand hat, erst recht, wenn die eigenen Wünsche und Utopien sich nicht gleich einstellen.«

Die elf Veranstaltungen präsentieren einen breiten Überblick über die griechische Geschichte und Gegenwart, Wirtschaft und Politik, Kultur und Solidaritätsarbeit. Ein besonderer Akzent wird dabei sicherlich auf das deutsch-griechische Verhältnis und darin insbesondere die brutale Besatzungszeit 1941 bis 1944 und die knechtende Wirtschafts- und Finanzpolitik der Troika gesetzt. Wer sich innerhalb einer Woche in das Thema »einarbeiten« möchte, der/die findet hier reichlich Stoff.

Am 27. April geht es los mit einer Bilder-Solidaritäts- und Verkaufsausstellung, gefolgt von der eigentlichen Auftaktveranstaltung, die nicht zuletzt dem fünften Geburtstag des »Förder- und Freundeskreises Ellinikó e.V.« gewidmet ist, eines Vereins, der für die kostenfreie Gesundheitsversorgung verarmter GriechInnen sorgt. Am 29. April wird eine Ausstellung zu Perama eröffnet, einer Werftarbeiterstadt nahe Piräus, die heute eine 60prozentige Arbeitslosigkeit verzeichnet. Am 30. April geht es um Zwangsversteigerungen von auch nur leicht verschuldeten WohnungseigentümerInnen in einem Land, in dem es nur vergleichsweise wenige Mietwohnungen gibt.

Am 1. Mai wird es einen griechisch-deutschen Block auf der DGB-Demo geben, abends um 18.00 Uhr gibt es dann in der Dreieinigkeitskirche ein Canto-General-Konzert mit Liedern und Texten von Mikis Theodorakis und Pablo Neruda. Am 2. Mai steht das Massaker der SS am 10. Juni 1944 in Distomo im Mittelpunkt, am 3. Mai gibt es einen Abend mit zwei Filmen, am 4. Mai ein Literarisches Menüett mit Liedern und Texten von Jannis Ritsos und Giorgos Seferis bis Petros Markaris und Wolfgang Schorlau, am 5. Mai einen Workshop mit Joachim Bischoff zu den Hintergründen der griechischen Leiden und der europäischen Krise. Den Abschluss am 5. Mai bildet ein Konzert der Gruppe Mediterrana Musica mit griechischer, sephardischer und sizilianischer Musik. Das gesamte Programm findet sich unter www.ev-stgeorg.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.